

Sensibilisieren und Entstigmatisieren

32

FSP AKTUELL
PSYCHOSCOPE 1-2/2008

Warum Populismus der psychischen Gesundheit in der Schweiz nicht hilft: In einem Interview zu ihrer bisherigen Amtszeit nimmt FSP-Präsidentin Karin Stuhlmann Stellung zu brisanten berufspolitischen Themen.

Frau Stuhlmann, Sie sind seit sieben Monaten Präsidentin der FSP. Wie fühlen Sie sich?

Karin Stuhlmann: Bestens – danke! Es ist einfach, Präsidentin der FSP zu sein, da ich durch den kollegial und konstruktiv zusammenarbeitenden Vorstand unterstützt werde, die Generalsekretärin und ihr Team von der Geschäftsstelle hoch motiviert und mit viel Sachkompetenz die Geschäfte umsetzen und die Kommissionen ihre Aufgaben mit viel Autonomie und mit langjähriger Erfahrung handhaben.

Gibt es Dossiers, die Sie besonders freuen?

Intern sicher die Verbandsentwicklung oder das Projekt «Neue Statuten». Es verkörpert die «neue FSP», den intensiven Austausch mit und unter den Gliedverbänden. Extern freut mich das Aktionsbündnis für psychische Gesundheit. Innerhalb eines Jahres sind viele wertvolle Kontakte entstanden und das Gefühl, dass unterschiedlichste Organisationen – Leistungserbringer, PatientInnen- und Angehörigengruppierungen – zu Gunsten der Psyche alle am gleichen Strick zu ziehen beginnen.

... und Dossiers, die Sie ärgern?

Der Dauerbrenner Psychotherapie und die diesbezügliche Zusammenarbeit mit anderen Verbänden. In Sachen Emanzipation der psychologischen Psychotherapeuten im Gesundheitsmarkt ist ein Aktivismus im Gang, welcher der Sache mehr schadet als nützt. Bei den Standards für kantonale Praxisbewilligungen herrscht immer noch Wildwuchs und es ist eine Nivellierung nach unten im Gange.

Welchen «Aktivismus» kritisieren Sie?

Es scheint aktuell populär zu sein, lauthals die Zulassung der psychologischen Psychotherapeuten zu fordern – scheinbar ohne Rücksicht auf die jetzige Realisierbarkeit und die Frage, wie diese berechtigten Forderungen platziert werden müssen, damit sie jene überzeugen, die darüber entscheiden. Dann auch ohne jede Rücksicht auf heutige und künftige Partner. Für populistische Vorstösse, die in der verlangten Form keine Realisierungschance haben und aufgebauete Brücken zerstören, geben wir uns nicht her. Selbstverständlich wäre es längstens angezeigt, dass alle qualifizierten PsychotherapeutInnen in einer geeigneten Form zu Lasten der Grundversicherung arbeiten dürften. Die FSP hat sich deshalb nicht von der Zulassungsforderung, sondern von den Begründungen distanziert. Da wir nicht «Mehrheitspartei» im Lande sind, müssen wir überzeugen und die Voraussetzungen und Mehrheiten erst schaffen. Wenn lautes Getöse und einseitig begründete Forderungen erfolgreich wären, hätten jene Verbände, die seit Jahrzehnten einzig und allein das unmittelbare Interesse «TherapeutInnen in die Grundversicherung» verfolgen, längst Erfolg gehabt ...

Welche Begründungen stören Sie?

Erstens geht es nicht an zu fordern, dass anstatt psychiatrische nun psychologische Psychotherapien bezahlt werden sollten, um Kosten zu sparen: Das hiesse Äpfel mit Birnen vergleichen, weil PsychiaterInnen nicht genau dieselben Kernkompetenzen aufweisen. Wie will man mit Unterversorgung argumentieren, wenn man gleichzeitig eine anerkannte Berufsgruppe von der Psychothe-



rapie ausschliessen will? Zweitens stimmt die Gleichung «mehr zugelassene PsychotherapeutInnen – weniger Kosten im KVG» in dieser reduktionistischen Form von vornherein nicht und schon gar nicht kurzfristig. Die schlechte psychische Gesundheit der Bevölkerung braucht vielmehr und dringlich mehr KVG-Ressourcen. Von Einsparungen im KVG-Bereich zu sprechen ist schlicht unseriös. Drittens ist für die Politik die Gleichung «mehr Leistungserbringer – mehr Gesundheit» für sich allein schlicht nicht überzeugend. Viel glaubwürdiger ist das Qualitätsargument, wozu wir das Psychologieberufegesetz brauchen. Lautes Brüllen und andere desavouieren führt politisch in die Sackgasse. Wir haben das grad bei den jüngsten Bundesratswahlen erlebt.

Ihre Aussage, dass mehr PsychotherapeutInnen in der Grundversicherung nicht automatisch mehr Gesundheit bedeuten, dürfte nicht alle Mitglieder freuen...

Die Gesundheit einer Person und der Bevölkerung ist viel zu komplex, als dass sie nur anhand der Anzahl LeistungserbringerInnen definiert werden könnte. Gerade bei der psychischen Gesundheit dürften die Stigmatisierung, das fehlende Wissen um ihre Bedeutung für alle Lebensbereiche ein ganz zentrales Problem sein: So lange Gesellschaft und Politik hier nicht einen Sinneswandel machen,

dürfte die psychische Gesundheit sich nicht wesentlich verbessern; auch wenn auf institutioneller Ebene bei der Symptombekämpfung – in unserem Falle mittels psychologischer Psychotherapie – selbstverständlich viel verbessert werden könnte und müsste. Dieser gesellschaftliche Skandal der Stigmatisierung ist die Ursache des Versorgungsproblems: Es ist systemimmanent, dass in stigmatisierte, marginalisierte und diskriminierte Bereiche zu wenig Ressourcen fließen.

In einer Analogie ausgedrückt: Wir haben nicht dann zu einer gesunden Ernährung gefunden, wenn die Bauern zu Gunsten des Absatzes ihrer Produkte protestieren und Direktzahlungen erhalten, sondern wenn die KonsumentInnen aus persönlicher Überzeugung die gesunden Produkte kaufen und den ungesunden vorziehen.

Wie will die FSP das für die Psychotherapie erreichen?

Eine intakte psychische Gesundheit ist Voraussetzung für ein gesundheitsförderndes Verhalten sowie für die langfristige Erhaltung der persönlichen Leistungsfähigkeit in Familie, Beruf und Gesellschaft. Verbesserte Kenntnisse über die Psyche und über psychische Erkrankungen bilden die besten Voraussetzungen zur Erhaltung und Verbesserung der persönlichen Ressourcen und Leistungsfähigkeit. Diese Kenntnisse sind gleichzeitig die notwendige Voraussetzung für ein Umfeld, in dem Betroffene wirksam, schnell und mit ausreichenden Mitteln wiedereingegliedert bzw. therapiert werden können. Die FSP will mit allen Kräften Politik, Behörden und Gesellschaft vermehrt und besser für die Bedeutung der psychischen Gesundheit in allen Lebensbereichen sensibilisieren: Je besser diese Sachverhalte in Gesellschaft und Politik anerkannt werden, desto einfacher wird die Ar-

beit unserer PsychologInnen sein und desto besser die Integration in allen Teilen des Gesundheitsmarktes. Das ist zwar ein langer und steiniger, aber der einzig nachhaltige Weg.

Nehmen wir Ihre andere Aussage, dass mit mehr Leistungserbringern nicht unbedingt Kosten eingespart werden können. Diese Sichtweise dürfte Ihre PsychotherapeutInnen irritieren ...

Der Gesundheits- ist ein typischer «Angebotsmarkt», das heisst: Es sind nicht primär die PatientInnen, sondern die Leistungserbringer – Ärzte, PsychotherapeutInnen, Chiropraktoren etc. – welche das Wie, Wo und die Menge der Leistungen bestimmen. Anders gesagt: Wenn Psychotherapeut A einen Patienten behandelt oder kuriert, wird Hausärztin C nicht weniger Patientensitzungen haben und der Computertomograph im Spital D nicht weniger eingesetzt werden. Das ist keine Annahme, das sind die realen Erfahrungen im Gesundheitswesen aller Staaten.

Wir wissen aber doch von Studien, dass Psychotherapie erhebliche Einsparungen generiert?

Ja, das stimmt, riesige volkswirtschaftliche Einsparungen sogar. Die Frage ist aber, in welchen Bereichen: Die Einsparungen und Mehrwerte fallen mittelfristig in anderen Bereichen als bei den Gesundheitskosten der Grundversicherung an. Die KVG-Kosten werden durch die er-

folgreiche Behandlung erst einmal erhöht. Aber wenn dann Menschen dank Psychotherapie im Arbeitsprozess integriert bleiben, ergeben sich riesige Einsparungen bei IV und Taggeldversicherungen sowie Mehrwerte durch Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge bei den Sozialversicherungen und Steuereinnahmen.

Dennoch war die Aufnahme der PsychotherapeutInnen Mitte der 90er-Jahre ein politisches Thema!

Das war zu Zeiten der Euphorie über das neue KVG. Wie das Berufsbild der PsychotherapeutInnen aussieht, war damals aber nicht geklärt. Dass aber ein Beruf ins KVG aufgenommen wird, dessen Aus- und Weiterbildung nicht geregelt ist, dessen Ausübung in jedem Kanton anderen Kriterien gehorcht, war und ist illusorisch. Heute kommen noch der Ärztestopp, Prämienexplosionen und die Diskussion um die Aufhebung des Vertragszwangs hinzu. Das sind ganz andere Verhältnisse als Mitte der 90er-Jahre. Es bleibt dabei: Einzig das Psychologieberufegesetz bildet die Basis für die Qualitätssicherung der Psychotherapie in der Schweiz und für bundesweit einheitliche Standards zur Berufsausübung. Und erst auf dieser Grundlage besteht die reale Möglichkeit, dass unsere PsychotherapeutInnen besser und gerechter ins jetzige System integriert werden können. Hierzu ist es aber nötig, Politik und Behörden sach-

Die Pseudo-Psychologie von Krems

Ein Bachelor-Titel in einem psychologiefremden Fach, dann fünf Semester berufsbegleitende Ausbildung, grösstenteils im Fernstudium, als Voraussetzung zur Psychotherapie-Weiterbildung in der Schweiz? Die österreichische Weiterbildungs-Universität Krems bietet auf Initiative von vorwiegend Zürcher Weiterbildungsinstitutionen für Psychotherapie einen «Master of Science» in «Psychotherapeutischer Psychologie» an. In Österreich selbst darf nach diesem Abschluss «Psychologie» im akademischen Titel nicht erscheinen und er berechtigt dort weder dazu, den Psychologie-Titel beruflich zu führen noch zu entsprechenden Tätigkeiten. Von der Schweiz aus wurde der Lehrgang bewusst lanciert, um kantonale Bestimmungen zur selbstständigen Psychotherapie und damit das PsyG im Voraus zu umgehen (s. S. 35).

dh

bezogen über die zentrale Bedeutung der psychischen Gesundheit zu informieren. Rein gewerkschaftlich zu agieren und grad auch noch diejenige vor den Kopf zu stossen, die im Gesundheitswesen nicht nur unsere «natürlichen Partner» sind, sondern auch bei jeder besseren Integration mitreden und «mitfunktionieren» werden, ist mit Bestimmtheit der Holzweg.

Sprechen wir jetzt noch von den Praxisbewilligungen bzw. vom verschärften Binnenmarktgesetz.

Das ist eine leidige Sache. Die Kombination fehlendes Psychologieberu-

feigesetz, fragwürdige Diplome (z. B. aus Krems, s. Box S. 33 unten), und Umsetzung des Binnenmarktgesetzes führt zu einem «Zulassungstourismus», mit dem kantonale Praxisbewilligungen in Psychotherapie erzwungen werden. Dies mit Pseudo-Ausbildungen, die nicht einmal im Herkunftsland berechtigen, sich Psychologin oder Psychologe zu nennen. Die FSP hat immer erklärt, dass wir im Gefolge des Psychologieberufegesetzes PsyG keinen PsychotherapeutInnen mit kantonaler Praxisbewilligung Schwierigkeiten machen wollen, auch wenn diese über andere

berufliche Qualifikationswege verfügen als jene der FSP. Wenn aber eine bewusste Instrumentalisierung des Binnenmarktgesetzes stattfindet, um kantonale Standards und das kommende PsyG mit einer Pseudo-Ausbildung in Psychologie zu umgehen, wird dies die FSP konsequent bekämpfen.

Interview: Daniel Habegger

Psychische Gesundheit im neuen Ständerat

Urs Schwaller und Felix Gutzwiller haben im neu gebildeten Ständerat die Zögerlichkeit des Bundesrates bei der psychischen Gesundheit moniert: Dieser plant schweizweit koordinierte Massnahmen erst im Rahmen des Gesundheitsförderungs- und Präventionsgesetzes PGF im Jahr 2010.

Urs Schwaller hat am 19. Dezember 2007 im Ständerat die Antwort des Bundesrates auf seine Interpellation kommentiert. Darin kämen keine angemessenen Koordinations- und Informationsanstrengungen zu Gunsten der psychischen Gesundheit zum Ausdruck. Insbesondere sei die als Antwort auf Vorstösse immer wieder ins Feld geführte «fehlende Kompetenz des Bundes» etwas gar spitzfindig.

Gemäss Urs Schwaller würden die Kantone «geeignete Informationsmassnahmen des Bundes zur Verbesserung des Wissensstandes und zur Förderung der Selbstkompetenz unserer Bevölkerung viel eher begrüessen als ablehnen». Der CVP-Fraktionschef monierte zudem, dass das Präventions- und Gesundheitsförderungsgesetz frühestens in vier

bis fünf Jahren in Kraft trete. Dies dauere wahrscheinlich zu lange, wenn man an die laufend zunehmende Verschuldung der IV denke.

Felix Gutzwiller **doppelt nach** Dies unterstützte im Ständerat auch Felix Gutzwiller: «Es ist leider seit Jahren so, dass übergreifende Themen nicht genügend angegangen werden, weil die Kompetenzen zwischen Kantonen und Bund nicht geklärt sind. Unstreitig handelt es sich bei den psychischen Krankheiten der Bevölkerung um ein solches Problem.» Die Schweiz habe im Bereich der Selbstmorde eine der höchsten Raten weltweit und angesichts der IV-Problematik sei «jedes Geld im Vorfeld (...) sehr gut investiert.» In diesem Sinne wünsche er trotz Verständnis für die Antwort des Bundesrates,

dass spätestens mit dem Vorentwurf des Präventionsgesetzes geregelt werde, wie in solch wichtigen Fragen Bund und Kantone künftig zusammen zur Tat schreiten könnten. Nach ihrem Einsatz für die parlamentarischen Vorstösse Schwaller und Gutzwiller wollen die rund 40 (Dach-)Verbände und Institutionen im Aktionsbündnis Psychische Gesundheit Schweiz nun erreichen, dass im PGF2010 die psychische Gesundheit explizit verankert wird.

dh

www.psychologie.ch/aktuell



Urs Schwaller: will koordinierte Massnahmen

Foto: zVg